



PRESSEMITTEILUNG

10.09.2025

Kürzungen an NRW-Hochschulen – Gefahr für Arbeitsbedingungen und Zukunftsfähigkeit

Kürzungen an NRW-Hochschulen – Gefahr für Arbeitsbedingungen und Zukunftsfähigkeit

Die Landesregierung NRW plant für 2026 Kürzungen der Grundfinanzierung von Hochschulen in Höhe von 158 Millionen Euro und erwägt weitere Einsparungen. Dieser Kurswechsel bricht das Vertrauen: Er widerspricht dem Koalitionsvertrag und der Hochschulvereinbarung 2026, die Hochschulen von globalen Minderausgaben ausnimmt. Die Kürzungen bedrohen die Funktionsfähigkeit des Hochschulsystems.

Die Landesregierung begründet diesen Einschnitt mit den sinkenden Studierendenzahlen der letzten vier Jahre. Doch laut Kultusministerkonferenz sollen die Zahlen ab 2027 wieder steigen. Sind die Kürzungen also kurzfristig? „Die Einsparungen gefährden zentrale Funktionen des Hochschulsystems, besonders den Personalbereich, da er einen großen Teil der Gesamtausgaben ausmacht“, sagt Bastian Doht, Vorsitzender der Landespersonalrätekonferenz der Hochschulen in NRW. „Viele Kolleginnen und Kollegen arbeiten bereits am Limit. Wir sehen die Entwicklungen mit großer Sorge.“

Die Einsparungen werden nicht nur den Personalbereich und Stellenabbau in den Hochschulverwaltungen betreffen: Professuren fallen weg, Studienplätze und möglicherweise ganze Studiengänge werden gestrichen, die Ausstattung der Lehrstühle wird reduziert, und befristet Beschäftigte bangen mehr denn je um ihre Zukunft. Da NRW-Universitäten mehr als ein Fünftel der Studierenden bundesweit ausbilden, sind die Konsequenzen nicht nur für Forschung und Lehre verheerend, sondern auch für den Wirtschaftsstandort Deutschland.

„Wir fordern ein klares Bekenntnis zu verantwortungsvoller Hochschulpolitik und eine deutliche Positionierung des Ministeriums. Besonders in Sachen guter Beschäftigungsbedingungen müssen alle Verantwortlichen im Gespräch bleiben“, so Doht. Auch zu den Entscheidungen an den Hochschulen selbst äußert sich der Vorsitzende der LPK NRW: „Unsere Beschäftigten brauchen von den Verantwortlichen vor Ort kontinuierliche und transparente Kommunikation sowie ein strategisches Vorgehen, um mit den neuen Rahmenbedingungen umzugehen. Wir erwarten, dass die Landesregierung und die Hochschulen gemeinsam Lösungen entwickeln, um die negativen Auswirkungen der Kürzungen zu minimieren und die Zukunftsfähigkeit der Hochschulen zu sichern.“